Italien THOMAS JANSEN

Die von den Regierungen Forlani und Spadolini (seit Ende Juni) im Jahre 1981 eingehaltene europa-politische Linie bestätigte die Kontinuität, mit der auch ihre Vorgängerinnen in 35 Jahren das Ziel, Italien fest in die Gemeinschaft der westlichen Demokratien einzubinden und einen Beitrag zur Einigung des freien Europa zu leisten, verfolgt haben. Nach allgemeinem Konsens entspricht die Integration Europas nach wie vor der Interessenlage des Landes; ihr Stellenwert im Verhältnis zu anderen außenpolitischen Optionen wird deshalb besonders hoch eingeschätzt¹.

Die von den Verantwortlichen in Parlament und Verwaltung wie in der Öffentlichkeit zunehmend angestimmte Klage über den schleppenden Fortgang der Dinge und über die Hindernisse, die aus römischer Perspektive vor allem von den großen Partnern (Frankreich: Behinderung des freien Warenverkehrs; Großbritannien: Blockierung von grundsätzlichen Fortschritten; Deutschland: Verweigerung der Institutionalisierung des Europäischen Währungssystems) aufgebaut werden, beruhen auf echter Enttäuschung und dienen nicht zum Vorwand für eigene Bremsmanöver.

In die Vorwürfe, die gegenüber Paris, London und Bonn erhoben wurden, mischte sich – vor allem in der ersten Jahreshälfte – der Mißmut über die dort vermutete Tendenz, die europäischen und insbesondere auch die auf das atlantische Bündnis bezogenen Angelegenheiten unter sich auszumachen. Anlaß für Befürchtungen, daß Italien von seinen Partnern nicht in angemessener Weise bei Überlegungen und Aktionen zur Reform der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika beteiligt werde, gab vor allem die um die Jahreswende 1980/81 veröffentlichte Studie der vier außenpolitischen Forschungsinstitute aus Washington, London, Paris und Bonn². Seit dem Regierungswechsel in Frankreich, durch den die darin angestellten Überlegungen obsolet wurden, und nach den dezidierten Bemühungen von Außenminister Genscher um eine italienische Mitwirkung an seinem Projekt zur Neuauflage eines Status für eine Europäische Politische Union gelten diese Sorgen als erledigt.

Der Übergang von der Regierung Forlani zur Regierung Spadolini im Juni verlief – im Hinblick auf die Außen- und Europapolitik – völlig reibungslos. Die Gründe für die Krise, die den Wechsel provozierte, waren rein innenpolitischer Natur. Außenminister – und damit auch für die Europapolitik verantwortlich – blieb Emilio Colombo, der in seiner Amtszeit (seit April 1980) sei-

nen in früheren Verwendungen erworbenen Ruf als engagierter Europäer und erfahrener Außenpolitiker überzeugend bestätigt hatte. Als Europa-Minister — mit dem Auftrag, die auf die Europäische Gemeinschaft gerichteten Aktivitäten der Regierung zu koordinieren — wurde als Nachfolger von Enzo Scotti, der Kulturminister wurde, Lucio Abis bestellt; seine Möglichkeiten, operativ tätig zu werden und Initiativen zu entfalten, blieben mangels eines geeigneten Instrumentariums — und wohl auch wegen der Dominanz des Außenministers in diesem Bereich — sehr beschränkt³; Abis hat in keiner Phase seiner Arbeit an die Bemühungen seines Vorgängers angeknüpft, die Kompetenzen seines Ministeriums zu erweitern.

Europäische Union

Als bedeutendste Aktion der italienischen Europapolitik im Jahre 1981 muß wohl die Mitwirkung an der sogenannten Genscher-Colombo-Initiative gewertet werden. Ihr vorläufiges Ergebnis, der am 4. November veröffentlichte Entwurf einer "Europäischen Akte", wurde dem am 26./27. November in London tagenden Europäischen Rat vorgelegt⁴. Es handelt sich um einen Versuch, die Europa-Politik durch Hervorhebung ihrer raison d'être zu revitalisieren, um gleichzeitig ihre verschiedenen institutionellen Ansätze und Verfahren unter dem Gesichtspunkt der "politischen Union" zu systematisieren und zusammenzufassen.

Emilio Colombo hatte bereits am 28. Januar in einer grundsätzlichen Rede vor dem Kongreß des Italienischen Rates der Gemeinden Europas in Florenz die von Hans-Dietrich Genscher während des FDP-Dreikönigstreffens in Stuttgart gestellte Frage "Ist es nicht endlich Zeit für einen Vertrag über die Europäische Union?" aufgegriffen und sich ebenso wie sein deutscher Amtskollege zu einer Relance der Europäischen Union bekannt: "Wir müssen die idealen Motivationen neu beleben, die dem europäischen Aufbau zugrunde liegen . . . Wir müssen wieder eine moralische Spannung schaffen und den Pakt erneuern, der es möglich gemacht hat, die Gemeinschaft der sechziger Jahre zu schaffen und gedeihen zu lassen . . . Wir müssen die Gültigkeit des Ziels der Europäischen Union bekräftigen und den Bereich der Zusammenarbeit und der Solidarität der Mitgliedstaaten untereinander konkret auf Bereiche ausdehnen, die bisher noch nicht Gegenstand gemeinschaftlicher Aktivitäten sind . . . Wir müssen uns darüber hinausgehende Fortschritte vornehmen - Fortschritte in der Sache, die sich aus der Tatsache ergeben, daß unsere Gemeinschaft bald zwölf Mitgliedsländer zählen wird . . . Wir müssen uns fragen, ob die derzeitige Struktur der Gemeinschaft den geeigneten politisch-institutionellen Rahmen für die Entwicklungen bietet, die für die künftige Herausbildung des europäischen Gebäudes selbstverständlich sind, sei es im Sinne einer Erweiterung oder im Sinne einer Vertiefung . . . Die wirtschaftliche Integration ist eine notwendige, doch nicht ausreichende Bedingung dafür, daß die politische Union erreicht wird. Zu dieser Union muß ein Plan politisch-institutioneller Natur hinzukommen, der – wenn auch nur allmählich – die Ausweitung der Politiken ermöglicht, die von der nationalen auf die europäische Ebene übertragen werden. Um diesem Prozeß neuen Schwung zu geben, muß Europa die für alle seine Mitglieder gemeinsamen Interessen und Vorteile feststellen, auf denen ein Modell der einstimmig akzeptierten Integration aufgebaut werden kann. Italien engagiert sich für seinen Teil stark für eine Aktion der Erneuerung, die diesen Grundsätzen entspricht."

Deutsch-italienische Bemühungen

Das klang wie ein Echo auf Genschers Frage, die er kurz vorher, am 21. Januar in Rom anläßlich der Eröffnung der Nazarener-Ausstellung in Anwesenheit von Colombo noch einmal eindringlich wiederholt hatte⁶. Wenig später, am 19. Februar, war Genscher wieder in Rom, um Colombo unter anderem über die Gespräche zu informieren, die er am 12. Februar in Bonn mit den Außenministern Frankreichs und Großbritanniens, Cheysson und Lord Carrington, geführt hatte. Daß es hier wie dort auch um den "neuen politischen Impuls", von dem Genscher in Stuttgart gesprochen hatte, gegangen ist, darf als sicher angenommen werden.

Im Laufe des 1. Halbjahres ist Colombo noch mehrmals mit Genscher zusammengetroffen. Nach Sondierungen bei den anderen Partnern hat man sich
während des Besuchs von Colombo in Bonn am 16. Juli darauf verständigt, gemeinsam vorzugehen und einen Text zu erstellen, in dem die Ziele der Europäischen Union und ihre institutionellen Voraussetzungen definiert werden
sollten. Aus italienischer Sicht ist im Zuge der Arbeit an den Texten darauf gedrungen worden, die internen wirtschafts- und währungspolitischen Probleme
der Gemeinschaft expressis verbis in die Bemühungen um eine Relance mit einzubeziehen. Daraus entwickelte sich das Projekt einer entsprechenden Erklärung, die den auf die Europäische Union zielenden Text begleiten sollte⁷.

Am 2. Oktober, dem Vorabend eines weiteren Besuches von Genscher in Rom, hat Colombo im italienischen Parlament dargelegt, wie sich die deutschitalienischen Bemühungen seit dem Juli entwickelt haben; gleichzeitig machte er deutlich, daß mit dem Treffen zwischen ihm und dem deutschen Außenminister am 3. Oktober die Initiative zu Gunsten der Europäischen Union in ihre operative Phase eintrete. Die italienische Presse gab der deutsch-italienischen Verabredung, ihren Partnern in der Europäischen Gemeinschaft den Entwurf einer "Europäischen Akte" vorzulegen, breiten Raum; die Tendenz der Berichterstattung war durchweg positiv, wobei die Tatsache des engen Zusammengehens der italienischen mit der deutschen Regierung als ebenso bedeutungsvoll gewertet wurde wie das Ergebnis selbst⁸. Manche Kommentatoren deuteten das Einvernehmen beider Partner sogar als Anzeichen für das Entstehen einer neuen Achse Bonn-Rom, die die mit der Wahl Mitterrands brüchig gewordene Achse Bonn-Paris ersetzen könne⁹.

Wie die Europapolitik insgesamt, so ist auch die Initiative zu Gunsten der

Europäischen Union in Italien nicht Gegenstand von Kontroversen geworden. Auch die Kommunisten hatten daran nichts auszusetzen. Kritiker an dem Kurs des Außenministers fanden sich lediglich in den Reihen des Italienischen Rates der Europäischen Bewegung ¹⁰. Von ihrem dezidiert europäisch-föderalistischen Standpunkt aus schien ihnen das Angebot der "Europäischen Akte" allzu bescheiden und – gemessen an den Notwendigkeiten – nicht ausreichend. Ihre Forderung nach einer neuen Verfassung, die für die Europäische Union der Zukunft eine Regierung mit begrenzten, aber realen Kompetenzen vorsieht, fand weder in der Regierung noch im Parlament nennenswerte Resonanz; allerdings ist eine solche Position im Europäischen Parlament von einigen italienischen Abgeordneten, allen voran Altiero Spinelli, mit Elan vertreten worden ¹¹. Nicht zuletzt ihrem Einsatz ist die Resolution vom 9. Juli zu verdanken, mit der die Konstituierung einer "Institutionellen Kommission" für Januar 1982 beschlossen wurde ¹².

Mittelmeer-Politik

Am 1. Januar 1981 wurde Griechenland Mitglied der Europäischen Gemeinschaft. Seit diesem Datum ist das Bewußtsein, daß die Gemeinschaft im Mittelmeer-Raum Interessen und Verantwortung wahrzunehmen habe, auch in den nordischen Ländern spürbar gewachsen. In Italien war dieses Bewußtsein immer vorhanden¹³. Die Erweiterung der Gemeinschaft um Griechenland wurde hier geradezu als Bestätigung für die eigene Sensibilität in mediterranen Angelegenheiten und sozusagen als Verstärkung der Süd-Fraktion empfunden. Italien hat sich deshalb auch in den Erweiterungsverhandlungen loyal und zuvorkommend verhalten, obwohl es im Gemeinsamen Markt von der griechischen Konkurrenz am meisten und am unmittelbarsten betroffen ist: die Produkte, die die Griechen auf den Markt bringen können, haben auch die Italiener anzubieten. Das gleiche gilt im Hinblick auf die Beitrittsbemühungen Spaniens und Portugals. Und auch hier zeigt sich, daß für die italienischen Überlegungen mehr die politischen Gesichtspunkte als die ökonomischen maßgebend sind. Die italienische Regierung trat 1981 weiterhin konsequent auch für die Erweiterung der Gemeinschaft um diese beiden Länder ein. Dabei spielten neben den allgemeinen Motiven (Stabilisierung der sozialen und demokratischen Verhältnisse, Sicherung der Region, Einigung Europas) auch gewisse Vorstellungen von einem innergemeinschaftlichen Gleichgewicht zwischen Nord- und Südstaaten und von einer spezifischen Solidarität der romanischen Völker eine Rolle 14.

Eine bedeutende Aktion der Mittelmeer-Politik Italiens im Jahre 1981 war die Neutralitätsgarantie zu Gunsten Maltas 15. Nach vorbereitenden Gesprächen, die noch im Jahre 1980 stattfanden 16, konnte am 5. Januar während eines Besuches des maltesischen Ministerpräsidenten Dom Mintoff in Rom eine entsprechende Vereinbarung getroffen werden. Die Garantie-Erklärung wurde im März von der Abgeordneten-Kammer und im April vom Senat gebilligt. Sie ist

begleitet von einem Protokoll über finanzielle, wirtschaftliche und technische Assistenz¹⁷. Die italienische Regierung will ihre Politik gegenüber Malta ausdrücklich verstanden wissen auch als Dienst im Interesse der Europäischen Gemeinschaft, für die sie in diesem Falle subsidiär, wenn auch aus eigener Initiative und ohne ausdrücklichen Auftrag, jedoch im engen Einvernehmen mit den Partnern, tätig geworden sei¹⁸. Es ist offenkundig, daß die Bemühung Italiens um Malta vor allem auch einen sicherheitspolitischen Aspekt hat.

Wirtschaftspolitische Integration

Die Bedeutung, die Italien der wirtschafts- und währungspolitischen Integration beimißt, wurde im Jahre 1981 deutlich unterstrichen durch das Bemühen, die Wiederbelebung des Gedankens einer "politischen Union" mit einer entsprechenden Initiative auf diesem Gebiet zu verbinden. Aus dem Text der die "Europäische Akte" begleitenden Erklärung¹⁹ ist herauszulesen, worauf es der italienischen Regierung dabei besonders ankommt: funktionierender Binnenmarkt, Korrektur der Gemeinsamen Agrarpolitik, Gesundung der Haushaltsstruktur, währungspolitische Stabilität und – ganz allgemein – die Stärkung der (wirtschaftlichen und finanziellen) Solidarität²⁰.

Die Sorge um den Binnenmarkt hat einen aktuellen Aspekt: am 28. Juli sperrte die französische Regierung unter eindeutiger Verletzung des EWG-Vertrages die Einfuhr italienischen Weines. Der "Weinkrieg", der bis zum 13. Oktober andauerte, provozierte in der italienischen Öffentlichkeit und insbesondere bei den betroffenen Bauern und Händlern Enttäuschung und Empörung. Sie mußten in dieser Auseinandersetzung den Eindruck gewinnen, daß die EG-Kommission und die Partnerstaaten den Vertrag und damit ihr Recht nur schwach verteidigten²¹. Italien wickelt nahezu die Hälfte seines Außenhandels mit EWG-Ländern ab. Es ist deshalb auf das Funktionieren der Regeln des Gemeinsamen Marktes angewiesen.

Gemeinsame Agrarpolitik

Hinsichtlich der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) verlangt die italienische Regierung schon seit langem eine Reform. Ihre wirtschaftlichen und sozialen Kosten sind im Laufe der Jahre in einem für Italien unerträglichen Maße gestiegen: die Importe von landwirtschaftlichen Produkten aus den EWG-Ländern zu immer höheren Preisen verursachen ein erhebliches Defizit in der Handelsbilanz, treiben die Inflation an und vergrößern die Arbeitslosigkeit. Eine Verringerung der Ausgaben für die GAP und die Verlagerung der Mittel auf den Garantie- und Ausgleichsfonds, den Sozialfonds und den Regionalfonds sind vor diesem Hintergrund logische Forderungen, zumal die GAP dazu geführt hat, daß sich die inneren Ungleichgewichte im Agrarsektor zu Lasten der ärmeren mediterranen Regionen verschärft haben²².

Die von der EG-Kommission am 18. Februar gegen die Stimmen ihrer beiden italienischen Mitglieder, Natali und Giolitti, verabschiedeten Preis-Vor-

schläge wurden deshalb auch von der italienischen Regierung abgelehnt, da das Konzept der Mitverantwortung für alle entstehenden Agrar-Überschüsse, auf dem diese Vorschläge beruhten, vor allem die mediterrane Agrar-Produktion benachteiligte. Die Übereinkunft der Landwirtschaftsminister vom 1. April befriedigte das italienische Verlangen insofern, indem sie mit der Erhöhung der Preise auf das Prinzip der Mitverantwortlichkeit verzichteten²³.

Die nach italienischer Auffassung überholten Prinzipien der GAP wurden dadurch nicht in Frage gestellt. Und auch in ihrem Bericht über das Mandat vom 30. Mai 1980²⁴, den die Kommission am 24. Juni publizierte, wurden diese bekräftigt. Da die Kommission darin jedoch gleichzeitig die Bedeutung der mediterranen Landwirtschaft unterstrich und ankündigte, im Jahre 1982 hierfür ein Programm vorzulegen, fand ihr Bericht auch in Italien Zustimmung.

Allerdings wurden die von der Kommission am 26. Oktober schließlich vorgelegten "Leitlinien für die europäische Landwirtschaft"²⁵ in Italien wiederum heftig kritisiert und sowohl von der Regierung wie von Vertretern der Landwirtschaft als unannehmbar bezeichnet, weil sie – ohne die Perspektive einer grundsätzlichen Reform anzudeuten – die Zahlungsbilanz des Agrarimportlandes Italien (durch die Festlegung von Produktionszielen) weiter belasten und die Einkommensverhältnisse seiner Bauern (durch die Angleichung der Preise auf Weltmarktniveau) weiter verschlechtern würden²⁶.

Europäisches Währungssystem

Der Beitritt Italiens zum Europäischen Währungssystem (EWS) erfolgte in der Hoffnung, nicht zuletzt durch den damit gegebenen Zwang zur wirtschaftspolitischen Disziplin ein Stück Stabilität zurückzugewinnen. Aber da angesichts der sich immer weiter zuspitzenden allgemeinen Krise, die Italien wegen der latenten Schwäche seiner Institutionen und der Instabilität seiner politischen Verhältnisse besonders schwer treffen mußte, die Gemeinschaft nicht in der Lage war, angemessen zu reagieren, um z.B. Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit zu ergreifen oder auch nur ihre Währungspolitiken gegenüber der für die europäische Wirtschaft ruinösen Hochzinspolitik der Amerikaner zu koordinieren, mußte die italienische Regierung am 22. März, am Vorabend der Sitzung des Europäischen Rates in Maastricht (23./24. März) zu nationalen Maßnahmen greifen: unter anderem wurde die Lire gegenüber den EWS-Währungen um 6 % abgewertet. Die Staats- und Regierungschefs nahmen diesen Schritt zur Kenntnis, ohne daraus – abgesehen von einer verbalen Bekundung der Notwendigkeit, daß etwas geschehen müsse – Konsequenzen zu ziehen.

Trotz weiterer Anstrengungen der italienischen Regierung während der folgenden Monate, der Inflation und der Arbeitslosigkeit Herr zu werden, trat eine Verbesserung der Lage nicht ein. Am 4. Oktober mußte sie sich auf Druck vor allem aus Paris und Bonn mit einer Anpassung der Währungsrelationen im EWS einverstanden erklären: die Lire wurde – wie auch der französische

Franc – um 3 % abgewertet, die DM und der holländische Gulden erfuhren eine Aufwertung von 5.5 %.

Bilanz

Eine Bilanz der italienischen Europapolitik im Jahre 1981, in der nur die Ergebnisse berücksichtigt wären, ergäbe gewiß ein enttäuschendes Bild. Denn die Ergebnisse im Sinne von Fortschritten, wie sie von der italienischen Regierung und den sie tragenden Kräften intendiert wurden, sind ausgeblieben. Aber es wäre ungerecht und sowohl sachlich wie methodisch falsch, diesen Umstand der italienischen Europapolitik anzulasten; sie stellt nur einen von mehreren Vektoren in einem komplexen und umfassenden Kräftespiel dar. Italien könnte wohl auch bei größeren Handlungsmöglichkeiten, die seine politisch-institutionelle Stabilisierung und seine wirtschaftlich-soziale Gesundung zur Voraussetzung hätten, bei gleichbleibenden Haltungen der anderen Mitgliedstaaten europapolitisch nicht viel mehr erreichen. Und das gilt natürlich auch entsprechend für die Partner Italiens in der Gemeinschaft. Es ist deshalb folgerichtig, daß die italienische Europa-Politik ihre vergleichsweise idealistischen Ziele, die sich aber gerade auch in dieser Qualität an den realen Gegebenheiten des Landes und seinen Interessen orientieren, durch die Bemühung verfolgt, die Grundbedingungen der gemeinschaftlichen Zusammenarbeit und Integration zu verbessern. Dem diente das Engagement zugunsten einer Wiederbelebung der "Europäischen Union". Wenn man den damit bezeugten Einsatz an "good will" und die vielen weiteren Beiträge, die Italien - wenn auch im eigenen Interesse – zugunsten von Gemeinschaftslösungen erbracht hat, in die Bilanz seiner Europa-Politik im Jahre 1981 einbezieht, ergibt sich ein durchaus positives Bild.

Anmerkungen

- Vgl. z.B. Roberto Gaja, Rapporto su trentacinque anni di politica estera italiana, in: Prospettive nel Mondo, No. 58/59 (April/Mai) 1981, S. 60-74; Ludovico Garruccio, Le scelte di fondo e il retroterra culturale, in: Politica Internazionale, 10. Jg. 1982, No. 2, S. 7-14.
- 2 Karl Kaiser u.a., Die Sicherheit des Westens: Neue Dimensionen und Aufgaben, Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bonn 1981.
- 3 Vgl. Maurizio Montefoschi, Il ministro per l'Europa alla ricerea di un ruolo, in: Politica internazionale, 9. Jg. 1981, No. 2, S. 134ff.
- 4 Dokument Nr. 6 in diesem Band.
- 5 Europa-Archiv, 36. Jg. 1981, H. 6, S. D 168-172.

- 6 Vgl. Text der Rede Genschers in: Europa-Archiv, 36 Jg. 1981, H. 6, S. D 164–165.
- 7 Dokument Nr. 6 in diesem Band.
- 8 Siehe die Ausgaben der italienischen Tageszeitungen vom 3., 4. und 5. Oktober 1981.
- 9 Vgl. z.B. Sandro Viola in: Repubblica vom 4./5. Oktober 1981, S. 13.
- 10 Vgl. z.B. die Rede des Präsidenten, Senator Giuseppe Petrilli, vor dem Consiglio Nazionale der Europäischen Bewegung am 17. Dezember, Text in: UNIEUROPA, 12. Jg, 1982, No. 1; weitaus kritischer noch das Movimento Federalista Europeo (MFE): vgl. hierzu die vom MFE herausgegebene Nota informativa sull'attività del Parlamento Europeo (Torino) No. 25 vom 27. 11. 1981.

- 11 Vgl. zu deren Positionen den von Altiero Spinelli und F. Ippolito herausgegebenen "Crocodile" (Lettre au membres du Parlament Européen), Brüssel, mehrere Ausgaben in 1981. Siehe auch Rudolf Hrbek, "Relance Européenne" 1981? In: Integration, Institut für Europäische Politik, 1982, H. 1, S. 3–18.
- 12 Dok. des Europäischen Parlaments PE 73-676.
- 13 Vgl. z.B. Ludovico Garruccio, a.a.O.
- 14 Siehe hierzu Roberto Palmieri, "Diplomazia" mediterranea, in: Politica Internazionale, 9. Jg. 1981, No. 11–12, S. 137ff.
- 15 Text in: Rivista di Studi Politici Internazionali (Firenze), 40 Jg. 1981, No. 190, S. 297ff. Hierzu Joseph V. Micallef, Gli accordi tra Italia e Malta: per la sicurezza del Mediterraneo orientale, in: Politica Internazionale, 9. Jg. 1981, No. 3, S. 33ff.
- 16 Siehe die Verbalnoten der Regierungen Maltas und Italiens vom 15. September 1980, Texte in: Rivista, a.a.O., S. 295 bzw. 300f.

- 17 Text in: Rivista, a.a.O., S. 299f.
- 18 Vgl. Rede von Außenminister Colombo vor der Abgeordneten-Kammer am 10. März 1981 anläßlich der Debatte betr. die Ratifizierung der Garantie-Erklärung der Neutralität Maltas; Text in: Rivista, a.a.O., S. 288ff.
- 19 Dokument Nr. 6 in diesem Band.
- 20 Vgl. hierzu auch die Rede von Außenminister Colombo vor dem Europäischen Parlament am 19. November, Text in: UNIEU-ROPA, 11. Jg. 1981, No. 24, S. 5f.
- 21 Vgl. Marcello Dell'Omodarme, L'europeismo dimezzato, in: Politica Internazionle, 10. Jg. 1982, No. 2, S. 32–53.
- 22 Vgl. ebenda.
- 23 Vgl. ebenda.
- 24 Dokument Nr. 2 in diesem Band.
- 25 Dok, der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, KOM (81) 608.
- 26 Vgl. Rudolf Hrbek, a.a.O.

Weiterführende Literatur

- Chiti-Batelli, Andrea, Guida allo Studio dell' Unificazione Europea. Bibliografia ragionata, Sonderheft von L'Italia e l'Europa, Nr. 20–21 (Dezember 1981), Florenz: Le Monnier, 285 S.
- Dell'Omodarme, Marcello, Europa. Mito e Realtà del Processo d'Integrazione, Mailand: Marzorati 1981.
- Fattori e Strumenti della Politica Estera Italiana, Dossier in: Politica Internazionale, 10. Jg. 1982, No. 2, S. 3–127.
- Gonella, Guido, Lo Spirito Europeo. Scritti e discorsi 1936–1979, Rom: Edizione Logos 1979, 254 S.

- Petrilli, Guiseppe, Il Mattino d'Europa. Scritti e discorsi 1959–1979, Mailand: Franco Angeli Editore 1980, 338 S.
- Pistone, Sergio, L'Italia e l'Unità Europea. Dalle Premesse storiche all'Elezione del Parlamento Europeo, Documenti della Storia 32, Turin: Loescher Editore 1982, 449 S.
- Vedovato, Guiseppe, Commenti e Saggi di Relazioni Internazionali 1979–1981, Biblioteca della Rivista di Studi Politici Internazionali in Firenze (1981), 412 S.